



Antragsmappe

1. Schüler:innenparlament

(Stand 1. Dezember 2022)

Inhaltsverzeichnis

1.	Sind Fehlstunden wirklich so schlimm?	4
2.	Lasst uns zusammen Klasse sein!	5
3.	Doppelt hält Besser!	6
4.	Schule und dann?	7
5.	Alle Schüler*innen haben ein Recht auf mental health.....	8
6.	Demokratie gehört gelernt!	9
7.	Paper-and-Pencil-Aufgaben, dass Konzept aus der Zukunft?	10
8.	Ein eigenes Budget für Schüler_innenvertretungen	11
9.	Doppelkorrektur bei Sprachschularbeiten.....	12
10.	Wann kommen wir in der Zukunft an?	13
11.	Gebetsräume für alle!.....	14
12.	Selbstverteidigung für Selbstbestimmung	15
13.	It's okay not to be okay!.....	16
14.	Wo soll ich hin?.....	17
15.	Matura '23? We need to talk!.....	18
16.	Hygieneartikelspender an Damentoiletten	19
17.	Das schulische Klima! Wir müssen jetzt handeln.....	20
18.	Anonymisierte Korrektur in der Schule	21
19.	Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe).....	22
20.	Choose your player/teacher.....	23
21.	Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir gefällt	24
22.	Use your Time wisely	25
23.	Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!	26
24.	Pflichtseminare bezüglich LGBTQ+ Personen	27
25.	Toleranz an Schulen.....	28
26.	Öffis nützen - selbst schützen	29
27.	internship your life	30
28.	Echter Klimaschutz in der Schule.....	31
29.	Fair Play im Zeugnis	33
30.	Erdbeerwoche – kein Problem!	34
31.	Auf in die Schule des 21. Jahrhunderts	35
32.	Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen.....	37
33.	Sei eine Avocado!	38



Inhaltsverzeichnis

34.	Um Veränderung an Berufsschulen bewirken zu können - Freistellung für Berufsschüler:innenvertreter:innen.....	39
35.	“Wahlen alleine machen noch keine Demokratie”	40
36.	Recht und Politik am Stundenplan.....	42
37.	Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung.....	44
38.	Verpflichtendes Lehrer_innen Feedback.....	45
39.	Autonome und Entpolitisierte Schule - Schulversuch Österreich.....	46
40.	Diskutieren geht über Studieren.....	47
41.	Let's talk about sex, baby!	48
42.	Mind your Mind.....	49
43.	Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen	50
44.	Hello, anyone there?	51
45.	Gewaltig gegen Gewalt!	52
46.	Der Weg zur europäischen Schule.....	53
47.	Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite!	54
48.	Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler_innen.....	55
49.	Unbrauchbares wieder brauchbar machen.....	56
50.	Sozial gerecht? – Schnell gecheckt!.....	57
51.	Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?	58
52.	Gebärdensprache als Freifach.....	59
53.	Persönlichkeit vor Robotern!	60



1. Sind Fehlstunden wirklich so schlimm?

Antrag von: **Flora Bartosik**, HLW9 | **Julia Bican**, HLW9 | **Anna Maria Fischer**, BHAK&BHAS Wien22

Jeder von uns kennt doch die Situation. Man fühlt sich nicht gut -egal ob psychische oder physische Gründe-, man ist krank, oder einfach schon total überlastet. Anstatt dann die Möglichkeit zu bekommen sich auszuruhen und seinen Körper wieder mit Energie zu tanken, müssen wir in die Schule gehen, um nicht zu viele Fehlstunden zu bekommen. Doch sind Fehlstunden eigentlich wirklich so ein großes Problem?

Unserer Ansicht nach sollten Fehlstunden bis zu einem Maximum von 65% in Ordnung sein, solange man seine schulische Leistung angemessen erbringt, also das Semester bzw. das Jahr positiv abschließen kann. Wir sehen nicht ein, dass man trotz „guter“ Noten und erbrachten Hausaufgaben etc., trotzdem das Jahr nicht abschließen kann, nur weil man „zu“ oft gefehlt hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob man wirklich in der Lage ist angemessene Leistung in der Schule zu erbringen, wenn man nicht komplett fit ist.

Forderungen:

- Fehlstunden werden nicht automatisch als schlimm gewertet und haben keinen Einfluss auf das Aufsteigen in die nächste Klasse, sofern die Mindestleistung (positiver Abschluss des Semesters/Jahres) erbracht werden kann und die Fehlstunden nicht mehr als 65% betragen
- Fehlstunden beginnen jedes Semester von vorne und werden nicht zum vorigen Semester dazugezählt
- Sollte eine Lehrkraft keine Möglichkeit zur Beurteilung haben (weil z.B. mehr als 65% der Zeit nicht anwesend war), soll es die Möglichkeit eines Ersatzarbeitsauftrags (Referate, Hausaufgaben, Ausarbeitungen,...) bzw. einer Prüfung geben, allerdings auch unter Berücksichtigung der psychischen bzw. physischen Gesundheit der betroffenen Person - es darf also nicht einfach eine „schlechte“ Note gegeben werden
- Bei offensichtlich vielen Fehlstunden (z.B. 60% der Zeit nicht anwesend und steigend) soll es Gesundheits-Check-ups durch Vertrauenspersonen (z.B. SchulpsychologIn, DirektorIn,...) geben
- Verpflichtete Eintragung des in der Stunde gelehrtens Stoffs durch die Lehrkraft auf z.B. WebUntis oder per Mail, damit die fehlende Person garantiert weiß, was in der Stunde gemacht wurde, ohne auf die Unterstützung von KlassenkollegInnen angewiesen zu sein



2. Lasst uns zusammen Klasse sein!

Antrag von: **Viktoria Feichtinger**, Amerlinggymnasium

In vielen Schulen leidet vor allem das Klassenklima sehr unter Corona. Die Schüler:innen distanzieren sich immer mehr voneinander und es bilden sich viele einzelne Grüppchen. Einige verlieren ganz den Anschluss. So sieht eine ideale Klassengemeinschaft nicht aus. Eigentlich sollten die Schüler:innen sich gegenseitig unterstützen und untereinander verstehen. Genau diese Bindung kann durch Klassenvorständ:innenstunden gestärkt werden.

Doch nicht nur die Beziehung zwischen den Schüler:innen profitiert davon. Nein, auch die Beziehung zu den Lehrer:innen. Dadurch, dass einmal pro Woche ein konstruktiver Austausch mit dem Lehrkörper stattfinden kann, hat die ganze Lehrer:innenschaft automatisch einen besseren Einblick in das Leben von uns Schüler:innen.

Wenn Probleme, wie Überlastung und unfaire Behandlung auftreten sollte der:die Klassenvorständ:in aufgesucht werden, da diese:r eine andere Beziehung zu den Lehrer:innen hat und somit die Probleme der Schüler:innen zugänglicher darstellen kann. Manchmal braucht es Zeit, bis man einer Lehrperson vertraut, und genau deshalb gehört diese Vertrauensbasis von der ersten, bis in die letzte Klasse gestärkt.

Die normalen Unterrichtseinheiten vieler Klassenvorständ:innen leiden unter ihrer Rolle. Egal ob dies administrative Aufgaben, Informationsaustausch, bezüglich der Pandemie, oder das Schlichten von Streit ist. Wird dafür aber eine extra Stunde verwendet muss der Unterricht nicht darunter leiden. Besonders gut bieten sich Randstunden an, um den Schüler:innen den Ein- oder Ausstieg des Tages zumindest einmal in der Woche zu verschönern und die Zeit, in der Schüler:innen tendenziell am „Lernunwilligsten“ sind, trotzdem produktiv zu nutzen.

Forderungen:

- Die Einführung von verpflichtenden Klassenvorständ:innenstunden, einmal in der Woche, in den Sekundarstufen I und II.



3. Doppelt hält Besser!

Antrag von: **Fatima Nouri**, BRGORG 15 Henriettenplatz

Jede Schüler:innenvertreter:in hatte mal den Moment, dass man keine Zeit hatte all seine Anträge im Schulgemeinschaftsausschuss vorzustellen, weil der SGA sonst zu lange dauern würde, oder es stellen sich im Nachhinein bei der Umsetzung einzelner Projekte Probleme dar, die man mit dem SGA besprechen müsste, aber man muss aufs nächste Semester oder gar Schuljahr warten, weil dieser schon stattgefunden hat. Allgemein ist es ziemlich stressig alle Projekte und Ideen, die man hat, nur einmal im Semester im SGA vorzustellen. Vor allem, weil im SGA alle großen und wichtigen Entscheidungen getroffen werden, er jedoch so selten stattfindet. Manchmal kann es auch passieren, dass die Lehrer:innenschaft, oder der Elternverein sich doch umentscheiden. Wie praktisch wäre es doch noch einen zweiten verpflichtenden SGA zu haben, um sie nochmal zu überzeugen. Es ist wie eine zweite Chance. Zwei SGA bedeuten auch stärkere Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen allen Schulpartnern. Das ist ein weiterer Schritt zur erfolgreichen Arbeit der Schulgemeinschaft.

Forderungen:

- Ein weiterer verpflichtender SGA im Semester



4. Schule und dann?

Antrag von: **Katharina Gabriel**, GRG19/BI26 Billrothgymnasium

„Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir.“

Ein Zitat des römischen Philosophen Lucius Annaeus Seneca aus dem 1. Jahrhundert nach Christi. Schon damals drückte er damit aus, wie wenig sich die Schule in seinen Augen am praktischen Leben orientiert. Und das ist immer noch so!

Wieso werden wir nicht auf unsere Zukunft vorbereitet? Wir schließen die Schule ab, haben keine Ahnung wie Steuern funktionieren, wie man eine Wohnung anmeldet oder was wir nach der Schule wirklich machen wollen. Das sind nur wenige Beispiele für Themen, welche besonders in allgemeinbildenden höheren Schulen vernachlässigt werden.

Berufsorientierung. Ein Thema, das schon oft und viel diskutiert wurde, aber einfach enorm wichtig ist! Für viele Schüler:innen stellt sich die Frage, was sie in ihrer Zukunft beruflich machen möchten und viele haben teils keine Ahnung, was es für Bildungs- und Berufsangebote gibt bzw. wo man sich darüber informieren könnte. Und durch eben diese Unwissenheit werden oft Fehlentscheidungen getroffen.

Die Schule spielt hierbei eine enorme Rolle, denn sie bereitet die Jugendlichen auf das weitere Leben vor und hat u.a. eine direkte Verantwortung für den konkreten Berufswahlprozess. Eine durchgängige Auseinandersetzung mit der Arbeits- und Berufswelt kann Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit bieten, individuelle Interessen und Fähigkeiten sowie berufliche Perspektiven zu erkunden und diese zu reflektieren.

Dies kann durch eine frühe Vorbereitung, also nicht erst in der zwölften Schulstufe, verbessert werden. Aber auch jährliche berufspraktische Tage und Exkursionen, das Einladen von Expert:innen würde viel zu einer klareren Zukunftsperspektive der Schüler:innen führen.

Forderungen:

- Jährlich soll es verpflichtende Praxismöglichkeiten (berufspraktische Tage, Expert:innengespräche, berufsorientierte Exkursionen, etc.) für die Schüler:innen geben.
- Das Thema Berufsorientierung muss mehr in den Lehrplan inkludiert werden, um den Schüler:innen einen zukunftsorientierten Einblick zu ermöglichen.
- Schulen sollen die Möglichkeit bekommen, berufsorientierte Tage einzuplanen, ohne dafür eine Sondergenehmigung einholen zu müssen.



5. Alle Schüler*innen haben ein Recht auf mental health

Antrag von: **Jonna Kropf**, HLTW Bergheidengasse

Laut derzeitigen Statistiken leidet jede*r zweite*r Schüler*in an depressiven Verstimmungen. Durch die Umstellung der Lernatmosphäre aufgrund von Corona ist der Druck für viele Schüler*innen nochmals weiter gestiegen. Seitens der Schule gibt es jedoch kein Hilfsangebot. Als Schüler*in ist man damit auf sich allein gestellt.

Schule sollte Gemeinschaft und Zusammenhalt bedeuten. Wie kann das jedoch sein, wenn keine qualitative Hilfe angeboten wird? Ein*e Schulpsycholog*in ist in Wien im Durchschnitt für die Betreuung von 10.000 Schüler*innen, deren Eltern sowie 900 Lehrer*innen zuständig. Als Schüler*in kann man sich bei solch einem Angebot nicht erwarten, die Unterstützung zu erhalten, die man braucht.

Deshalb fordere ich, dass das Schulpsycholog*innennetz in Wien ausgebaut wird, sowie eine Problemanlaufstelle als eigenes LSV-Referat implementiert wird, bei welchen sich alle Schüler*innen stets bei persönlichen oder schulischen Problemen melden können. Somit kann ein sozial gerechter Umgang geschaffen werden und gleichzeitig allen Schüler*innen die Möglichkeit eines qualitativen Unterstützungs- und Hilfsangebot zur Verfügung gestellt werden.

Forderungen:

- Ausbau des Schulpsycholog*innennetzes



6. Demokratie gehört gelernt!

Antrag von: **Nikolai Grigkar**, VBS Schönborngasse

In Österreich können wir Jugendliche uns glücklich schätzen bereits mit 16 Jahren wählen zu dürfen. In frühen Jahren können wir schon Teil des demokratischen Prozesses sein. Was jedoch fehlt, sind grundlegenden Kompetenzen, die uns auf demokratische Teilhabe auch vorbereiten.

Bildungs- und Erziehungsansätze, die Inhalte über die Demokratie vermitteln oder demokratische Verhaltensweisen einüben und Versuche, die Schulstrukturen bzw. das ganze Bildungswesen demokratisch gestalten zu versuchen fehlen bisher in unserem Bildungssystem.

Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie gehört wertgeschätzt, gelehrt und vor allem gelernt. Wir brauchen jetzt endlich Unterrichtsinhalte, die unser kritisches Denken fördern, uns befähigen fundierte Wahlentscheidungen zu treffen und uns zu einem ernstgenommenen Teil des politischen Diskurses machen.

Forderungen:

- Einführung des verpflichtenden Unterrichtgegenstandes „Demokratiebildung“ an allen Schulen Österreichs ab der 9. Schulstufe.



7. Paper-and-Pencil-Aufgaben, das Konzept aus der Zukunft?

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Elias Husz**, BHAKWIEN 22
Jahongir Tohirov, BHAKWIEN 22

Wieder einmal wurde für den Schultyp AHS eine grundlegende Änderung für die Mathematik Matura beschlossen. So gibt es zum Beispiel eine neue Agenda für die Matura 2025: Dort sollen dann grundlegende Rechenaufgaben in Paper-and-Pencil-Manier bewältigt werden. Dies ist der Punkt wo man beginnt den Kopf zu schütteln. Denn jahrelang hat man den Oberstufenschüler_innen abtrainiert, etwas mit der Hand zu rechnen. Typischerweise musste ein CAS-Programm oder ein CAS-fähiger Taschenrechner herhalten um mit der SOLVE-Funktion Gleichungssysteme zu lösen. Rein theoretisch wird das händische Rechnen ja auch erlernt. In der Praxis jedoch verkommt diese Fähigkeit, da das bloße Rechnen nahezu nichts mit mathematischen Grundkompetenzen zu tun hat. Nun soll also die mathematische Tugend wieder hochgehalten werden. Grundsätzlich ist dieser Schritt zu befürworten. Völlig offen ist jedoch, in welcher Intensität diese Beispiele auftreten werden. Einen bloßen Spaziergang mit völlig grundlegenden Beispielen als Teil einer schriftlichen Matura wird es wohl kaum geben. Sobald aber diese Paper-and-Pencil-Aufgaben ein Stück weit interessanter werden, wird es höchstwahrscheinlich wieder an einer echten Vorbereitung dafür fehlen. Denn der Matheunterricht ist seit jeher zeitlich unterdimensioniert. Es wurde Platz geschaffen: Parabeln, Ellipsen, Hyperbeln und meistens auch Kreise wurden begraben. Damit auch die klassischen Extremwertaufgaben. Genauso sind Folgen und Reihen ein reiner Nischenstoff geworden. Sprich: Der Mathestoff der Oberstufe blieb am Papier zwar gleich, aber in der Praxis wird vor allem der Maturastoff abgedeckt. Und natürlich wurde durch die Verwendung technischer Hilfsmittel Zeit gespart. Vor allem die Grundkompetenzen, welche nun wieder zum Einsatz kommen sollen wurden häufig vernachlässigt.

Forderungen:

- Daher fordern wir, eine angemessene Matura Anpassung und die nötige Vorbereitung um die Paper-and-Pencil-Aufgaben bewältigen zu können.



8. Ein eigenes Budget für Schüler_innenvertretungen

Antrag von: **Nikolai Grigkar**, VBS Schönborngasse | **Anna Maria Fischer**, BHAK&BHAS Wien22

Wir alle bemühen uns jeden Tag mit unserer Arbeit in der Schüler_innenvertretung das Leben in der Schule für Schüler_innen so gut wie möglich zu gestalten. Doch für eine Verbesserung an unseren Schulen und in unserem Schulsystem generell braucht es oftmals doch mehr als unser Engagement.

Gerade für schulinterne Projekte der SV wie etwa diverse Feiern und Veranstaltungen oder Menstruationsartikel, etc. braucht die Schüler_innenvertretung nicht nur ihre Motivation, sondern auch Geld. Die Umsetzung dieser Projekte ist dann leider oftmals von den finanziellen Mitteln der Schule bzw. der Gnade der Schulleitung oder der Unterstützungsbereitschaft des Elternvereins abhängig. Mit einem eigenen SV-Budget hätten allerdings wienweit alle Schüler_innenvertretungen die gleichen Chancen Veränderung zu schaffen.

Doch wie genau kann ein Budget für die SV aussehen? Ganz einfach: Jede Schüler_innenvertretung bekommt einen vom Budget der Schule abhängigen Betrag zur Verfügung gestellt - mindestens 500€ pro Semester wären aber gut - aus dem gegen Quittungen der Ausgaben Geld entwendet werden kann. Damit von diesem Budget allerdings ausschließlich die Schüler_innen und nicht die Personen der SV profitieren, muss eine Einnahme-Ausgaben-Rechnung von der Schüler_innenvertretung geführt werden, welche von der/ dem Finanzbeauftragten der Schule kontrolliert wird.

Die Nutzung dieses Budgets soll individuell bleiben. Das heißt, falls die SV mal mehr Geld als die Basis des SV-Budgets braucht, kann immernoch die Schulleitung/ der Elternverein um Unterstützung gebeten werden. Bei einem geringeren Verbrauch der finanziellen Ressourcen soll das SV-Budget für das nächste Semester aufgehoben werden, sodass es am Semesterbeginn immer auf €500,- aufgefüllt wird.

Ein Budget für die Schüler_innenvertretung erspart nicht nur die Arbeit der ständigen Anfragen für finanzielle Unterstützung, sondern ermöglicht auch neue Projekte einfacher und rascher durchzusetzen.

Forderungen:

- Die LSV Wien setzt sich vor der Bildungsdirektion und Entscheidungsträger_innen dafür ein, dass jede Schüler_innenvertretung an einer Wiener Schule ein Basis Budget bekommt. Dieses Budget soll jedes Semester auf mindestens 500€ aufgefüllt werden.
- Die Schüler_innenvertretungen müssen bei Nutzung dieser finanziellen Ressourcen eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung vorlegen können und sollen dabei Unterstützung von der/ dem Finanzbeauftragten der Schule bekommen, welche/r auch als Kontrollinstanz wirken soll.



9. Doppelkorrektur bei Sprachschularbeiten

Antrag von: **Simon Stabauer**, BRG19 Krottenbachstraße

In vielen Schulfächern ist es die Aufgabe der Schüler:innen literarische Texte zu verfassen, in denen sie ihre Meinung präsentieren. Es kann dazu kommen, dass die Lehrperson aufgrund ihrer eigenen Auffassung einer bestimmten Materie, den:die Schüler:in negativer bewertet. Die zweite Korrektur durch eine andere Lehrperson wäre ein erster Schritt um die Benotung von Sprachschularbeiten fairer und schüler:innenfreundlicher zu machen.

Forderungen:

- Zweite Korrektur von einer weiteren Lehrperson bei Sprachschularbeiten auf Verlangen des:der Schüler:in
- Verpflichtende zweite Korrektur von einer weiteren Lehrkraft bei einer negativen Sprachschularbeit



10. Wann kommen wir in der Zukunft an?

Antrag von: **Ben Pozgaj**, AHS Kenyongasse

Täglich hören wir von neuen Technologien, die uns das Leben und die Arbeit leichter machen, doch viel bekommen wir davon in den Schulen nicht mit.

Vielen fehlt das notwendige Wissen, wie man seine Produktivität mithilfe von elektronischen Endgeräten fördert und das obwohl wir seit Jahren so fortgeschritten in der Technologie sind. Weiterbildungen für Schüler_innen, sowie Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung können deutliche Verbesserungen und Erleichterungen in der schulischen (Zusammen-)Arbeit vorweisen. Den ständig aufkommenden Problemen bei der Arbeit mit Stift und Papier wird mit beispielsweise Laptops entgegengewirkt, da die einzige Sorge nur ein voller Akku ist.

Ein ebenso großes Problem ist die Aufbewahrung von Dokumenten, wie Hausaufgaben, Präsentationen, oder anderen schulischen Mitschriften. Dafür wäre eine von der Schule zur Verfügung gestellte Cloud die beste Lösung, da das Speichern und Abrufen somit leicht und von überall aus möglich ist.

Doch durch die derzeitige Teuerung, fällt es jedoch Manchen schwer das nötige Geld für ein elektronisches Endgerät zusammenzutreiben. Hier soll die Schule unterstützen können, damit die Möglichkeit auf Bildung nicht von der finanziellen Situation abhängt.

Forderungen:

- Einen verpflichtenden Einsatz von Laptops für die Deutsch und Englisch Schularbeiten und der Matura.
- Workshops für Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung und wie man mit elektronischen Endgeräten den Unterricht einfacher gestalten kann.
- Eine Schul-Cloud für alle Schüler_innen, sowie Lehrer_innen.
- Finanzielle Unterstützung seitens der Schule, falls die Möglichkeit nicht gegeben ist sich ein Endgerät selber zu finanzieren.



11. Gebetsräume für alle!

Antrag von: **Rashed Mohamed**, AHS Geringergasse

Die Schule repräsentiert einen Mikrokosmos unserer Gesellschaft. Hier treffen verschiedenste Gesellschaftsschichten aufeinander mit verschiedenen Herkunft, Kulturen und Religionen. Doch so inklusiv wie wir oft denken, dass die Schule schlussendlich ist, ist sie eigentlich gar nicht. Während in fast allen Klassenräumen jeweils ein Kreuz hängt, ein Symbol der katholischen Kirche, bleiben andere Religionen wie bspw. der Islam völlig auf der Strecke. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir eine Schule schaffen, in der alle Religionen gleichermaßen respektiert und gefördert werden. Ein eigenen Gebetsraum an seiner Schule einzuführen, garantiert das Recht auf freie Religionsausübung und fördert die Glaubensvielfalt an der Schule. Das Ziel ist es einen designierten Gebetsraum fürs friedliche Gebet zu schaffen, wo Schüler nicht nur beten sondern auch zur Ruhe kommen können. Um die Aufsichtspflicht zu gewährleisten, sollen Religionslehrpersonen die Aufsicht übernehmen. Um einen Raum zu schaffen indem sich alle Schülerinnen und Schüler wohl fühlen, brauchen wir einen Gebetsraum.

Forderungen:

- Errichtung von Gebetsräumen an allen Schulen



12. Selbstverteidigung für Selbstbestimmung

Antrag. von: **Nadine Bollauf**, BAfEP 21 Patrizigasse

Selbstverteidigung und Selbstschutz sind zwei der wichtigsten Prioritäten für alle Lebewesen. Doch bedauerlicherweise ist die traurige Realität, dass sich vor allem Frauen diese Techniken aneignen müssen um sich in unserer heutigen Gesellschaft sicher zu fühlen. Die Problematik vieler Frauen ist im Dunkeln die Straßenseite wechseln zu müssen sobald sie einen Schatten erkennen, oder dass sie sich bei den stark steigenden Femiziden fragen müssen: „Bin ich die Nächste?“. Dies sind Dinge, die können wir ihnen nie nehmen. Jedoch haben wir die Möglichkeit dafür zu sorgen - für den Fall der Fälle - dass jede einzelne Schülerin so gut es geht vorbereitet ist, um möglichst unbeschadet aus einer Gefahrensituation zu entkommen.

Selbstverteidigungskurse hierfür einen idealen Weg zu bieten. Im Rahmen des Sportunterrichtes einen Selbstverteidigungskurs durchzuführen käme mit zwei Vorteilen. Auf der einen Seite handelt es sich bei Selbstverteidigungskursen um Ganzkörpertraining – also perfekt geeignet für den Sportunterricht. Andererseits sollte uns die Schule auf unser zukünftiges Leben vorbereiten.

Was gebe es dann Wichtigeres als uns lebenserhaltende Maßnahmen beizubringen?

Forderungen:

- ein verpflichtender Selbstverteidigungskurs jährlich im Rahmen des Sportunterrichtes für die gesamte Oberstufe, durchgeführt von schulexternen professionellen Personen



13. It's okay not to be okay!

Antrag von: **Johanna Palfrader**, BRG 16 Schuhmeierplatz

Stichwort Corona! Corona ist nach wie vor ein präsenteres Thema in unserem Leben und vor allem auch in der Schule. Viele Studien wie bspw. eine Studie der Donauuniversität Krems aus den letzten Schuljahren bezüglich Distance Learning und Mental Health haben verdeutlicht, wie die Schule auch in Zeiten der Pandemie keine Rücksicht auf Schüler_innen nimmt durch den dadurch aufkommenden Leistungsdruck lag beziehungsweise liegt noch immer eine unfassbare Last auf uns Schüler_innen. Aufgrund dessen ging es den meisten von uns nicht nur psychisch schlecht, außerdem leiden viele seitdem unter ernsthaften mentalen Problemen. Oftmals wissen betroffene Schüler_innen nicht an wen sie sich wenden sollen und fühlen sich allein gelassen. Schulpsycholog_innen, die einen helfen sollten, gibt es meist zu wenig. Denn in Wien ist ein_e einzige_r Schulpsycholog_in für rund 8.800 Schüler_innen zuständig. Um Schüler_innen zu unterstützen braucht es eine Sensibilisierung des Lehrpersonals durch Schulungen, mehr Schulpsycholog_innen und eine Erweiterung des Supportpersonals.

Forderungen:

- Die Sensibilisierung von Lehrpersonen durch Schulungen im Bereich Mental Health
- Ein größeres Angebot von Schulpsycholog_innen an allen Wiener Schulen
- Das Supportpersonal an Schulen darf nicht nur aus dort unterrichtenden Lehrpersonen beziehungsweise Jugendcoaches bestehen
- Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen sollen im Lehrplan verankert werden
- Mehr finanzielle Mittel für kostenlose Schüler_innentherapien
- Das psychische Wohlbefinden soll als Entschuldigungsgrund akzeptiert werden
- Regelmäßige Umfragen im Bereich Mental Health unter Schüler_innen



14. Wo soll ich hin?

Antrag von: **Vincent Englitsch**, Schulzentrum Ungargasse

Jede_r kennt es! Im Alter von 14 Jahren steht man vor der Entscheidung welchen weiterführenden Bildungsweg man nun einschlagen will. Dabei stehen einem die verschiedensten Schultypen mit unterschiedlichen Zweigen und Schwerpunkten zur Auswahl. Ob die Schule ihre eigenen Schüler_innen über den weiteren Bildungsweg und ihre Möglichkeiten aufklärt ist ihnen selbst überlassen und von Schule zu Schule unterschiedlich. Meistens müssen sich Schüler_innen jedoch selbst informieren und werden alleine im Dunkeln stehen gelassen.

Der von der Bildungsdirektion veröffentlichte Schulführer ist nur wenigen Schüler_innen bekannt. Deshalb sollte er auch in der Digitalversion erhältlich sein, um ihn leichter zugänglich für Alle zu machen. Wir dürfen uns nicht nur für eine Digitalisierung des Schulführers, sondern müssen uns auch für eine Überarbeitung, als auch eine Bekanntmachung, einsetzen.

Schüler_innen müssen über ihren weiteren Bildungsweg aufgeklärt werden, denn sonst kann es dazu kommen, dass sie sich irgendwann in einem Schultypen wiederfinden und schließlich ihre eigene Wahl anzweifeln. Doch sobald gegen diesen Informationsmangel entgegengewirkt wird, werden Schüler_innen endlich über ihre Möglichkeiten und Chancen aufgeklärt. Denn alle Schülerinnen und Schüler sollten über das Bildungsangebot, das ihnen zu Verfügung steht, ohne jegliche Vorurteile Bescheid wissen.

Forderungen:

- Allgemeiner Ausbau, Erweiterung und Verbesserung des Schulführers
- Ergänzung einer Beschreibung der Schultypen und der Schulschwerpunkte
- Allgemeine Erklärung und Auflistung aller Zweige auf der Homepage
- Verpflichtende Aufklärung zu Schultypen und weiterführenden Schulen am Anfang der 4. Klasse der Sekundarstufe 1



15. Matura '23? We need to talk!

Antrag von: **Zara Agtas**, AHS Maroltingergasse | **Johanna Palfrader**, BRG 16 Schumeierplatz
Ben Pozgaj, AHS Kenyongasse | **Linus Kolar**, AHS Friesgasse
Anna Maria Fischer, BHAK&BHAS Wien22 | **Vincent Englitsch**, Schulzentrum Ungargasse

997 Tage begleitet uns das Corona-Virus schon durch den Alltag – mit erheblichen Folgen im Bildungsbereich. Die Auswirkungen von Distance-Learning sind bekannt: Die Bildungsschere geht auf, große Gruppen werden völlig abgehängt, enorme Bildungslücken entstehen und viele weitere Begleitfolgen stehen an der Tagesordnung. Auch die psychischen Folgen sind an dieser Stelle nicht zu unterschätzen. Daher ist klar, dass auch die heurigen Maturajahrgänge nicht wie vor der Pandemie maturieren werden können. Immerhin waren die Abschlussklassen mehr als 150 Schultage im Distance-Learning und hier muss betont werden, dass Onlineunterricht niemals Präsenzunterricht ersetzen kann. So gesehen ist die Lage ja völlig abstrus: Den Maturant_innen aus dem Jahr 2020 ist etwas mehr als ein Monat Präsenzunterricht entfallen. Die Abschlussklassen aus den letzten beiden Jahren verbrachten mehr als 150 Tage im Distance-Learning und maturierten ebenfalls mit massiven Erleichterungen. Uns fehlen ebenso mehr als 150 Tage Präsenzunterricht und maturieren laut dem Bildungsministerium unter „vor-Pandemie-Zuständen“. Genaue Maßnahmen diesbezüglich sind noch immer nicht bekannt. Daher fordere ich folgende Erleichterungen für den Maturajahrgang 2023.

Forderungen:

- Verschiebung der VWA und DA Abgabe Deadline um mindestens 2 Wochen nach hinten
- Reduktion der Themenpools bei den mündlichen Reifeprüfungen um ein Drittel
- Verlängerung der Arbeitszeit bei der schriftlichen Klausur um 60 Minuten
- Ergänzungs- und Förderunterricht für die 7. und 8. (AHS) bzw. 4. und 5. Klassen (BMHS) um die entstandenen Bildungslücken abzufedern
- Automatisches Aufsteigen mit einem Nicht-Genügend ohne Konferenzbeschluss und
- Aufstiegsberechtigung mit Konferenzbeschluss bei zwei Nicht-Genügend



16. Hygieneartikelpender an Damentoiletten

Antrag von: **Gabriel Jany**, BS für Handel & Administration

Sehr geehrte Damen und Herren, Guten Tag!

Es ist in der heutigen Zeit und in unserer Gesellschaft eigentlich traurig, dass jemand einen Antrag wie diesen machen muss. Leider ist dies so und deshalb reiche ich offiziell meinen Antrag mit der „Forderung für Hygieneartikelpender an Damentoiletten“ ein. Ich habe mich mit vielen Mitschülerinnen unterhalten und ich kann die Forderung danach verstehen. Es ist eine Frechheit meiner Meinung nach zu riskieren, dass sich Schülerinnen „blamieren und schämen“ müssen wenn sie in die Direktion (ggf. Lehrerzimmer) gehen um sich Artikel gegen die Menstruation zu holen. Nicht nur, dass ich viele Schülerinnen deswegen unwohl fühlen, nein, ab und zu habe ich auch die Antwort „Ich traue mich nicht einen Lehrer zu fragen“ oder „Was, wenn mich andere dabei sehen“ gehört. Dies kann ich vollkommen verstehen. Keiner macht sich gerne peinlich, wobei man sagen muss, dass es nicht peinlich ist, sondern viele Menschen es so darstellen, als ob es was Schlimmes wäre. Ist es nicht! Es ist nicht zu viel verlangt, dass junge Erwachsene sich ihre Menstruationsartikel in einem Geschützten Raum holen, ohne sich eventuell von wem bloßstellen zu lassen oder sich dabei unwohl fühlen.

Forderungen:

- An jeder Damentoilette sollten (In Automaten da die Gefahr für Diebstahl zu groß ist) Tampons, Binden, ect zu finden sein
- Die oben genannten Artikel sollen gratis sein oder gegen einen geringen preis zu erwerben sein.



17. Das schulische Klima! Wir müssen jetzt handeln...

Antrag von: **Sebastian Buchmann**, BAfEP 21 Patrizigasse

Das Thema Umwelt und davon vor Allem der Punkt Klima wird in unserer Welt, auch in unseren Schulen zu einem immer größeren und wichtigeren Thema. Unser Schulsystem ist noch nicht auf dem Stand, auf dem es sein sollte, um klimaneutral und vor allem förderlich fürs Klima zu sein. Unmengen an Abfällen, Unnötige Energieverschwendungen im Schulalltag. Schülerinnen und Schüler werden nicht ausreichend aufgeklärt und motiviert, sich für Ihre Welt einzusetzen. Lehrkräfte halten an alten Mustern fest, die keine Lösung der Klimakrise hervorrufen. Aber auch Aktivistinnen und Aktivisten haben es in unserem Schulsystem schwer. Ihnen drohen Strafen und Ärger für das Fernbleiben vom Unterricht, beispielsweise wegen einer Teilnahme an einem Klimastreik. Aufklärung und Eigeninitiative sind in diesem Gebiet von größter Wichtigkeit und müssen daher umgehend gefördert werden. Es braucht nicht nur Änderungen in unseren Köpfen, sondern in allen. Setzen wir ein Zeichen und eine Stütze für unsere Welt.

Forderungen:

- Aufklärung und größere Thematisierung mit besonderem Augenmerk auf Klimaschutz im Unterricht für alle Schulen verpflichtend.
- Schulische Aktionen, um das lokale Klima zu schützen ermöglichen und fördern.
- Effizientere Abläufe in Schulen.
- Papier sparen, digitale Medien in den Unterricht mit einbeziehen.
- Verpflichtende Mülltrennung und Recycling an allen Schulen durchsetzen.
- Schülerinnen und Schüler für die Teilnahme an Klimastreiks oder Projekten mit der Absicht zur Verbesserung des Klimas vollständig vom Unterricht freistellen lassen.
- Mehr Angebote für Interessierte Aktivisten und Aktivistinnen. (Freigegegenstand, „Klimaclub“ oder ähnliches.)



18. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, Albertgasse

Zurzeit ist die Lehrkraft für Schüler eine Mischung aus Freund und Feind, da sie zum einen den Coach stellt, zum anderen aber auch den Prüfer / die Prüferin. Dadurch entsteht ein gespaltenes Verhältnis zwischen den zwei Parteien. Dem kann man entgegenwirken, indem man eine andere anonyme Lehrkraft Test und Schularbeiten der Schüler / die Schülerin korrigieren lässt. Dadurch ist die Lehrkraft, welche der Schüler / die Schülerin in dem Fach primär zugeteilt ist, nur mehr der Coach, welcher die Schüler zu einem positiven Ergebnis bringen will.

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Test etc. in der Schule von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem Schüler / der Schülerin stehen.



19. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, Albertgasse

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer_innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler_innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer_innen und Schüler_innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.



20. Choose your player/teacher

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, Albertgasse | **Elias Husz**, BHAK22 Wien

Lehrkräfte an einer Schule müssen als Team funktionieren. Sie müssen dazu fähig sein zu kooperieren und gemeinsam Schüler_innen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Damit ein Team funktioniert brauchen wir an Schulen mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Lehrkräfte. Wir fordern personelle Freiheit damit nur die beste Ausbildung angeboten werden kann. Bildungsstätte müssen die Möglichkeit haben sich Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Denn nicht jede Schule ist gleich und es muss bei der Aufstellung des Lehrer_innenteams auf Schüler_innen eingegangen werden. Außerdem gibt es viele Schulen, an denen es Lehrkräfte mit einer bestimmten Zusatzausbildung benötigt. Beispiele dafür wären Schulen mit Schüler_innen, die einer vernachlässigten Bevölkerungsschicht angehören. Hier benötigen wir besonders engagierte und motivierte Lehrkräfte, die bereit sind starke Arbeit zu leisten. Die Wahl der Lehrkräfte würde durch die Direktion erfolgen, denn niemand kennt die eigene Schule so gut und kann besser beurteilen welches Team es benötigt, um die beste Ausbildung zu gewährleisten. Wir wollen weg von der Zuteilung der Lehrkräfte. Daher sollte ein transparentes und normiertes Bewerbungsverfahren angewendet werden, sowie bei jedem anderen Job auch.

Forderungen:

- Wir fordern eine personelle Freiheit an Schulen, sodass jede Direktion ihr Lehrer_innenteam durch ein transparentes Verfahren selbst aufstellen kann.



21. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir gefällt

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, Albertgasse | **Elias Husz**, BHAK22 Wien

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler_innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler_innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler_innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler_innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler_innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater_innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden



22. Use your Time wisely

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, Albertgasse | **Darius Gogoljak**, BAfEP 10

In Nebenfächern, in denen keine Schularbeiten abgehalten werden, zählen Lehrkräfte auf Mitarbeitersleistung, Tests, aber auch auf Präsentationen. Diese müssen immer zuhause vorbereitet werden, sowohl der Inhalt muss recherchiert werden als auch die Abhaltung der Präsentation muss zuhause geprobt werden. Das ist Zeit, die zusätzlich verloren geht, um sich auf wichtige Prüfungen vorzubereiten und führt im Endeffekt durch einen größeren Aufwand zum wirklichen Schulstress. Deswegen fordern wir, dass Präsentationen in Nebenfächern ausschließlich in Unterrichtsstunden vorbereitet werden dürfen. So wird Schülerinnen und Schülern im Unterricht Zeit zur Verfügung gestellt, um Präsentationen zu dem vorhergesehenen Stoff auszuarbeiten. Im Endeffekt sind Präsentationen laut Lehrplan nicht vorgeschrieben, nur der Lehrstoff ist vorgeschrieben. Wie dieser den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, hat die Lehrkraft selbst zu entscheiden. In vielen Fällen werden Präsentationen als beliebte Methode gesehen, jedoch gibt es viele Alternativen wie Workshops, Teamarbeiten oder interaktive Aufgaben.

Unsere Forderung soll die Anhäufung von Präsentationen im Generellen vermeiden und Lehrkräfte dazu motivieren auch andere Unterrichtsmethoden anzuwenden.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Präsentationen in Nebenfächern nur in der dafür vorgesehenen Unterrichtszeit vorbereitet werden dürfen und nicht zuhause.



23. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, Albertgasse | **Jahongir Tohirov**, BHAK22 Wien

Ein Machthaber verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler_innen und Lehrer_innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderungen:

- Wir fordern, dass es allen Schüler_innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



24. Pflichtseminare bezüglich LGBTQ+ Personen

Antrag von: **Gabriel Jany**, BS für Handel & Administration

Sehr geehrte Damen und Herren, Guten Tag!

Auch in diesem Antrag stelle ich einige Forderungen an sie! Es herrscht viel Hass, viel zu viel Hass in der Welt, und unter Jugendlichen hat sich anscheinend die LGBTQ+ Feindlichkeit stark verbreitet. Die Ergebnisse einer Studie zeigen, dass „19 Prozent der Befragten sich in den letzten 12 Monaten im schulischen oder universitären Bereich diskriminiert fühlten“. Würde man das auf alle Schüler:innen in Österreich aufteilen wären das 211.910 Schülerinnen und Schüler die sich durch ihre Sexuelle Orientierung diskriminiert fühlen oder sogar diskriminiert werden! Das Bundesgleichbehandlungsgesetz verbietet Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung, aber es wird nirgendwo darauf geachtet, ob dies wirklich eingehalten wird.

Forderungen:

- An jeder Schule, sollte es mindestens eine Lehrperson geben, die auf Queere Menschen und den Umgang mit ihnen geschult sein sollte.
- (Pflicht)Workshops oder Aufklärungsunterricht bezüglich Menschen mit anderer Sexualität.
- Im Unterricht an Volksschulen drauf aufmerksam machen, dass es Menschen mit anderer Sexualität gibt. Da Kinder im frühen Alter wissen sollten, dass Menschen verschieden aber gleich sind.



25. Toleranz an Schulen

Antrag von: **Jaber Constantin Alexei Ezra Saja-Köttl**, VBS Augarten

Wir leben im 21. Jahrhundert und noch immer werden Themen wie Sexualität, Religion, Nationalität etc. tabuisiert und nicht im Unterricht behandelt. Auch wenn es um Akzeptanz und Toleranz innerhalb der Schulgemeinschaft geht, ist noch viel Luft nach oben. Schüler*innen die der LGBTQIA+ Community angehören werden noch immer strukturell diskriminiert und von Mitschüler*innen teils ausgegrenzt und gemobbt. Das kann und darf an keiner Schule passieren.

Die Schule sollte uns auf das spätere Leben vorbereiten und unsere Persönlichkeiten stärken und fördern. Deshalb muss die Schule zu einem Ort werden, wo unsere sexuelle Orientierung, Herkunft oder Religion keine Rolle spielt.

Oftmals sind Schulen schon so "fortschrittlich" und hängen eine Regenbogenfahne vor dem Schulhaus aus. Doch hierbei sollte darauf geachtet werden, dass diese Fahne nicht als Beschmückung und zur „Vorzeige-Toleranz“ der Schule missbraucht wird, sondern die mithergehenden Werte auch im Schulhaus gelebt werden. Um diese Werte am besten vermitteln zu können, braucht es unabhängige Experten und Expertinnen von der Hosi Wien oder dem Regenbogenhaus Wien, die der Schulgemeinschaft diese Inhalte erklären und Fragen unabhängig beantworten. Experten und Expertinnen darum, weil die Neutralität bei Lehrkräften nie sichergestellt werden kann und es bei einem so wichtigen Thema auf gar keinen Fall zu Misskommunikation oder Beeinflussung kommen darf!

Lasst uns die Schule zu einem toleranten Ort machen! Denn Intoleranz hat keinen Platz in unseren Schulen.

Forderungen:

- Aufklärung über die LGBTQI+ Bewegung durch unabhängige, externe Expert*innen
- Aufklärung über die Regenbogenfahne und ihre Geschichten im Unterricht
- Schaffung von Toleranz gegenüber Religion, Nationalität, sexueller Orientierung etc. an Schulen durch ausgewählte Workshops



26. Öffis nützen - selbst schützen

Antrag von: **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus | **Jahongir Tohirov**, BHAK22 Wien
Frederik Witjes, Albertgasse

Unzählige Schüler_innen nutzen tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel, um in die Schule zu fahren. Dabei begegnen Jugendliche leider immer häufiger unangenehmen Situationen, in denen sie sich nicht zu wehren wissen. Schüler_innen müssen mit einem guten Gefühl in der Schule ankommen, um ihren Schulalltag erfolgreich meistern zu können, weswegen es definitiv in der Verantwortung aller Schulen Wiens liegt ihre Schüler_innenschaft auf etwaige unangenehme Situationen vorzubereiten und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle anzubieten. Durch die Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler_innen können öffentliche Verkehrsmittel mit sicherem Gefühl genutzt und Schüler_innen für alle Notfälle vorbereitet werden. Zusätzlich dazu benötigt es an allen Schulen Wiens eine Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht und diese vereinzelt bei Bedarf gemeinsam mit Schüler_innen verarbeitet – diese Rolle soll eine dafür bestimmte Lehrkraft einnehmen.

Sich nicht wohlfühlen, wenn man allein öffentliche Verkehrsmittel nutzt, ist okay, darf jedoch nicht normal sein! Und genau deswegen müssen wir endlich Enttabuisierung leisten und aktiv das Problem ansprechen!

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler_innen.
- Einführung einer Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht.



27. internship your life

Antrag von: **Elias Husz**, BHAK22 Wien | **Jahongir Tohirov**, BHAK22 Wien

An vielen Schulen Wiens ist die Absolvierung eines Praktikums, egal ob Ausland oder Inland bereits verpflichtend. Dies zeigt uns immer wieder wie essenziell ein Praktikum für eine frühe Berufserfahrung, die persönliche Entwicklung und das Knüpfen von Kontakten ist. Damit sich Schüler_innen auch bestmöglich darauf vorbereiten können benötigt es mehr Unterstützung seitens der Schule. Durch die Einführung eines Praktikums-Komitee würde dies optimal funktionieren! Die Aufgaben dieses Komitees wären unter anderem Schüler_innen bei Recherche und Bewerbungsprozess beistehen, regelmäßig Stellenanzeigen an Interessent_innen senden, bei Auswahl des Praktikumsplatz unterstützen, gemeinsam auf das Praktikum vorbereiten, während des Praktikums für Notfälle erreichbar sein und gemeinsam mit Schüler_innen das absolvierte Praktikum nachbereiten. Dabei ist es wichtig, dass sich Schüler_innen im Vorhinein bestimmte Ziele setzen, sodass das Praktikum auch einen Nutzen hat. Die Entscheidung, ob es dazu dienen soll sprachliche Kenntnisse zu verbessern, das im Praxisunterricht erlernte anzuwenden oder um sich beruflich besser orientieren zu können muss den Schüler_innen selbst überlassen werden.

Dieses Komitee würde sich aus jeweils einer Lehrkraft pro angebotener Fremdsprache und zwei zusätzlichen Lehrkräften zusammensetzen. So wäre jede Fremdsprache vertreten und zusätzliche Hilfe ebenfalls gewährleistet. Außerdem muss Schüler_innen das nötige Wissen zu jeglichen Förderprogrammen wie beispielweise Erasmus+ mitgegeben werden, sodass diese vermehrt in Anspruch genommen werden.

Im Endeffekt sollte es in der Interesse der Schulen liegen ihre Schülerschaft bei der Sammlung früher Berufserfahrung zu bestärken und zu unterstützen.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung eines Praktikums-Komitee an allen Schulen Wiens.
- Wir fordern vermehrte Praktikum-Informationsveranstaltungen an allen Schulen Wiens.



28. Echter Klimaschutz in der Schule

Antrag von: **Elias Husz**, BHAK22 Wien | **Jahongir Tohirov**, BHAK22 Wien | **Frederik Witjes**, Albertgasse

Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung zu bremsen, wird das für uns alle katastrophale Folgen haben. Vor wenigen Monaten erst hat uns der IPCC, der Klimaexpert_innenrat der UN, an die Dringlichkeit dieser Herausforderung erinnert: Es bräuchte unmittelbare und drastische Reduktionen des CO₂-Ausstoßes, um die globale Erwärmung noch auf unter 2°C seit der industriellen Revolution beschränken zu können. Wir müssen also handeln, und zwar bald.

Unsere Verantwortung als Schüler_innenvertreter_innen ist es, Veränderung dort einzufordern, wo es uns am meisten betrifft: Der Schule. Auch im österreichischen Schulsystem besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Wir müssen damit beginnen Ressourcen in der Schule besser und effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck der Schulen zu senken. Echten Klimaschutz gibt es aber nur, wenn man ein echtes Konzept vorlegen kann. Genau das versucht dieser Antrag zu tun.

Eine echte Veränderung wird es nämlich nicht geben, wenn wir auf symbolische Verbote von oben herab setzen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Direktionen und die Schulpartner im SGA dazu motiviert sind, es besser zu machen. Dass sie kreative Wege suchen, die wirklich funktionieren und an ihre Schule angepasst sind. Es braucht also Anreize! Ein Belohnungssystem ist hier die Lösung: Jedes Jahr soll der Fußabdruck aller Schulen erhoben werden. Daraus soll ein Ranking entstehen. Die Schulen, die ihren CO₂-Ausstoß am stärksten senken konnten, bekommen dafür vom Bildungsministerium eine Prämie. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Lösungen und Modelle. Die klimafreundliche Schule ist nämlich eine Schule des mutigen Wettbewerbs und nicht der Verbote.

Es gibt aber natürlich auch Schulen, die sich besonders schwer tun werden. Deshalb wollen wir, dass die 10% der Schulen, mit dem höchsten CO₂-Ausstoß direkt von Expert_innen in Sachen Klimaschutz unterstützt werden. Zusammen mit diesen Profis vom BMBWF Bildungsministerium sollen diese Schulen einen maßgeschneiderten Fahrplan für die Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks entwickeln.

Um das Bildungssystem insgesamt CO₂-neutral zu gestalten, müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden: Neubauten von Schulen sollten höchsten ökologischen Standards entsprechen! Genauso muss es den Schüler_innen ermöglicht werden, möglichst ohne Emissionen zu ihrer Schule zu kommen: Wir Das österreichweite begrüßen hier grundsätzlich das Klimaticket ist eine große Chance für den öffentlichen Verkehr, es braucht fordern aber auch einen weiteren Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur, damit möglichst jede_r Schüler_in seine oder ihre die Schule ohne Auto erreichen kann. Hier gilt es auch, gerade in den Städten, für sichere Fahrradwege zu sorgen.



Um die ökologische Transformation der Schulen zu schaffen, braucht es aber auch eine Ausbildungsoffensive. Hierbei muss einerseits den Direktionen wichtiges Know-How mitgegeben werden, damit sie effizient selbstständig Maßnahmen für klimafreundliche Schulen vor Ort setzen können. Andererseits müssen die Schüler_innen selbst lernen, wie sie eigenverantwortlich klimafreundlicher leben können. Hierbei sollten auch klimafreundliche Projekte von Schüler_innen an ihren Schulen gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zu Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung. Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler_innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.



29. Fair Play im Zeugnis

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus | **Jahongir Tohirov**, BHAK22 Wien
Frederik Witjes, Albertgasse

„Bewegung und Sport“ ist eines der Fächer, in denen den Lehrkräften am meisten Freiraum gelassen wird. Das wirkt sich natürlich auch auf die Benotung aus, die je nach Lehrer_in oft sehr unterschiedlich ausfällt. Aber ist das überhaupt fair, und sind Noten in diesem Fach überhaupt geeignet?

Viele wissenschaftliche Arbeiten zeigen, dass es Sportlehrkräfte, in einem Benotungssystem das stark auf Beobachtung basiert, nicht schaffen über jede_n Schüler_in andauernd Notizen zu machen. Falls eine Lehrperson pro Stunde immer nur eine_n bestimmte_n Schüler_in beobachtet, ist das aber ebenso ungerecht, da diese dann keine laufende Aufzeichnungen erstellt. In der Dissertation der Sportwissenschaftlerin Clarissa Feth erläutern mehrere Lehrer_innen, dass sie es dadurch auch für sehr schwierig halten eine womögliche Leistungsentwicklung festzustellen.

Das wohl häufigste Problem bei Noten ist das Konkurrenzdenken, das unwillkürlich bei den Schüler_innen entsteht. Gerade im Sportunterricht kann dies nicht nur zu Streitigkeiten und Beleidigungen im Unterricht führen, sondern in manchen Fällen auch zu Ausschließung und Mobbing. Bei Schüler_innen, die in den sonstigen Gegenständen schlechte Noten haben, ist es absehbar, dass es wegen der Enttäuschung zur Abminderung der Motivation kommt. Besonders im Sportunterricht ist das fatal, da eines der Ziele im Schulsport sein sollte, die Schüler_innen zur lebenslangen sportlichen Betätigung zu begeistern.

All dies zeigt das eine objektive und gerechte Beurteilung im Fach „Bewegung und Sport“ förmlich unmöglich und auch kontraproduktiv ist!

Forderungen:

- Anstelle der Beurteilung nach Noten von 1-5 sind Teilnahmevermerke (Teilgenommen/Nicht Teilgenommen) in das Jahreszeugnis aufzunehmen
- Abschaffung der Möglichkeit praktische Prüfungen sowie Referate durchzuführen, um die Aspekte Bewegung und sportliche Betätigung im Unterricht hervorzuheben



30. Erdbeerwoche – kein Problem!

Antrag von: **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse
Jahongir Tohirov, BHAKWIEN 22

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler_innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.



31. Auf in die Schule des 21. Jahrhunderts

Antrag von: **Jahongir Tohirov**, BHAK22 Wien | **Frederik Witjes**, Albertgasse

Bildung formt die Zukunft unseres Landes, also sollte sie doch auch zumindest den Technischen Standard der Gegenwart haben, oder? An vielen Wiener Schulen ist das leider nicht der Fall. Unterrichtet wird immer noch auf veralteten Kreidetafeln und geschrieben wird in Schulheften und Büchern aus Papier. Wir sind der Meinung, dass Wien Vorreiter für die Österreichische Schule von morgen sein kann.

Schon seit dem 17. Jahrhundert werden Kreidetafeln in Schulen verwendet. Während die Art, wie wir Informationen verarbeiten sich seitdem drastisch geändert hat, bleibt die Tafel an vielen Wiener Schulen weiterhin der primäre Weg den Schüler_innen Stoff zu vermitteln. Und das, obwohl es schon zahlreiche Alternativen dafür gibt, wie einzelne Schulversuche zeigen. Jedoch sind das nur Ausnahmen, In vielen anderen Ländern hat man es bereits geschafft die Tafel durch moderne, Digitale Whiteboards zu ersetzen. Wien schafft das auch!

Doch nicht nur die Tafeln sind ein veraltetes Werkzeug. Auch Papier wird unserer Meinung nach noch viel zu viel benutzt, vor allem mit Blick auf die immer näherkommende Klimakatastrophe muss die Papierflut aufhören. Viele Schüler_innen sind ihren Schulen schon voraus und nutzen ohne der gegebenen Infrastruktur ihre eigenen Tablets oder Laptops. Um ein faires und effektives Schulerlebnis bieten zu können sollten jedoch alle Schülerinnen und Schüler ähnliche Geräte benutzen. Laut zahlreichen Studien sind Tablets für den Gebrauch im Unterricht am besten geeignet weshalb Schulen empfohlen werden sollte diese zu etablieren. Diese sollen die Schulbücher und Schulhefte komplett ersetzen. Falls Schüler_innen auf eigenen Wunsch, Bücher und Papier verwenden wollen, können sie das, dies müssen sie allerdings selbst finanzieren. Finanziert werden soll das ganze durch eine einmalige Erhöhung des Bildungsbudget um diese Geräte zu etablieren. Eine Modernisierungs-Datenbank könnte für eine Faire Verteilung unter den Schulen sorgen. Der SGA soll mitentscheiden können welche Geräte angeschafft werden.

Doch all diese Geräte bringen nichts ohne der Passenden Infrastruktur. Schulen brauchen flächendeckendes und schnelles WIFI. Außerdem ist eine funktionierende Lernplattform, auf der Schüler_innen mit Lehrkräften kommunizieren, den Stundenplan einsehen und Aufgaben abgeben können von Nöten. Des Weiteren ist wichtig, dass die gesamte Technik einer Schule kompatibel miteinander ist. Das heißt, jedes Tablet muss die Möglichkeit haben, sich mit den Whiteboards zu verbinden und auch die Lernplattform muss auf allen in der Schule verwendeten Geräten abrufbar sein.



Forderungen:

- Flächendeckendes W-Lan und eine funktionierende Lernplattform an allen Wiener Schulen.
- Außerdem soll ein technisches Eco-System an Schulen etabliert werden mit dem alle Geräte kompatibel sind.



32. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse
Markus Lamprecht, BAFEP 10

Flächendeckende Podiumsdiskussionen an Schulen steigern die Wahlbeteiligung und holen so manch einen Schüler oder eine Schülerin aus der politischen Verdrossenheit heraus. Für österreichische Schulen sollte die politische und demokratische Bildung Aufgabenbereich Nummer eins sein, denn so eignen sich Jugendliche politisches Wissen an und werden dazu animiert sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Das Angebot an politischen Debatten, um Schüler_innen aus dem politischen Winterschlaf zu bekommen, muss erhöht oder gar gänzlich an jeder Schule umgesetzt werden. Wir sind fester Überzeugung, dass regelmäßige Debatten zu Tagesaktuellen innerpolitischen Geschehen oder Debatten zum Weltgeschehen die Wahlbeteiligung und auch die Partizipation etwas bewirken zu wollen steigern.

Österreichs Schulen sollten ein Ort für jede Form der Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte natürlich der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Semester sollte jedoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Jedoch ist anzudenken, dass Podiumsdiskussionen während des Regelunterrichts stattfinden sollten und sich somit Schüler_innen entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um der politischen Verdrossenheit entgegenzuwirken.



33. Sei eine Avocado!

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



34. Um Veränderung an Berufsschulen bewirken zu können - Freistellung für Berufsschüler:innenvertreter:innen

Antrag von: **Vanessa Waldhauser**, BS für Chemie, Grafik und gestaltende Berufe

Auch an Berufsschulen leisten die Schulsprecher:innen und ihre Stellvertreter:innen unfassbar wichtige Arbeit – zusätzlich zu einer 40-Stunden-Woche. So eine Arbeitswoche ist manchmal sehr kräftezehrend und so sind die 25 Tage (5 Wochen) Urlaub, auf die Lehrlinge Anspruch haben, für ihre Erholung sehr wichtig.

Umso verständlicher ist es, dass sie diese wenigen Tage nicht für den Besuch eines Schüler:innenparlaments „opfern“ möchte, obwohl dieses für die Vertretungsarbeit essentiell ist. Und auch in der Arbeitszeit ist es aufgrund der Arbeitspflichten nicht möglich, an einem Schüler:innenparlament teilzunehmen. Ein Lehrling müsste sich also Urlaub nehmen.

Für die Ausübung ihrer Tätigkeit müssten Berufsschüler:innenvertreter:innen mindestens 8% ihres Urlaubs opfern – im Vergleich zu einer AHS/BMHS, würde das den Verlust einer Woche Sommerferien bedeuten.

Forderungen:

- Freistellung für Berufsschüler:innenvertreter:innen seitens der Berufsschule aber auch des Betriebes zum Zwecke der Vertretungsarbeit.



35. "Wahlen alleine machen noch keine Demokratie"

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Wir leben in einer Welt, wo uns klar und deutlich vor Augen geführt wird, wo Autokratien hinführen. Gerade in dieser Zeit ist die Demokratie nicht wegzudenken. Dennoch ist Demokratie ohne eine Gesellschaft, die diese täglich mit Leben erfüllt, nur ein Wort ohne Bedeutung. Dass wir in einer solchen Staatsform leben, ist nicht selbstverständlich. Wir müssen die Demokratie immer wieder beleben und hoch halten.

Echte Demokratie beginnt aber nicht erst mit dem Wahlrecht. Echte Demokratie beginnt dort, wo die Zukunft der Gesellschaft und Demokratie gebildet wird – in der Schule. Je stärker der Fokus auf Demokratie und Mitbestimmung schon in der Schule ist, desto stärker wird er auch in Zukunft sein. Wir müssen Schüler_innen einen Gestaltungsraum bieten. Als Schüler_innenvertreter_innen ist es unsere Pflicht, die Stimme der einzelnen zu stärken und uns dafür einzusetzen.

Für die vollumfängliche Demokratisierung der Schule braucht es mehr als einen Ansatzpunkt - es braucht ein Maßnahmenpaket, das verschiedenste Bereiche betrifft. Zum einen braucht es die Demokratisierung der höchsten Instanz einer Schule – der Direktion. Es braucht eine Direktion, die das Vertrauen der Schulgemeinschaft hat.

Es gibt viele Schüler_innenvertreter_innen mit guten Ideen. Aber sie sind nicht die einzigen in einer Schule, die gestalten sollen. Um jedem und jeder Schüler_in Gehör zu verschaffen, braucht es schulinterne SiPs. Klar ist, dass hier die LSV in die Offensive gehen muss, mit Konzepten und Hilfestellungen vor Ort, an den Schulen. Echte Demokratie muss eben vor Ort passieren.

Demokratie heißt auch, dass der SGA aufgewertet wird. Natürlich muss das auch geschehen mit Fortbildungen zum Beispiel für die Mitglieder, aber ein wichtiger Bestandteil ist auch, die Kompetenzen auszuweiten. Darunter muss auch fallen, dass der SGA, also alle Interessensvertreter_innen, den Schulbudgetplan abstimmen. Das führt zu mehr Demokratie und Transparenz. Echte Demokratie bedeutet auch Finanztransparenz.

Damit aus Worten auch Taten werden und das schulinterne SiP nicht nur ein Debattierclub mit spannendem Namen ist und die SV etwas umsetzen kann, braucht es ein partizipatives Budget. Letztendlich sind es wir Schüler_innen, die eine Schule mit Leben erfüllen. Deshalb soll der SGA finanzielle Mittel für Projekte der SV oder dem schulinternen SiP freigeben können. Echte Demokratie bedeutet Mitspracherecht auch in finanzieller Hinsicht.



Antrag

Zu guter Letzt müssen Schüler_innen auch dahingehend ausgebildet werden, Demokratie zu verstehen. In der Schule kommt echte Demokratiebildung oft zu kurz. Es soll aber nicht daran liegen, wie engagiert die Lehrer_innen sind, ob man das System Demokratie versteht und leben kann. Deshalb braucht es für Institutionen-, Demokratie- und Medienbildung ein eigenes Schulfach ab der 7. Schulstufe. Echte Demokratie beginnt im Klassenzimmer.

Forderungen:

- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen. Darüber hinaus soll es eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit benötigen.
- Wir fordern, dass der Schulbudgetplan durch den SGA bestätigt werden muss.
- Wir fordern, dass der SGA im Rahmen des Budgetplans finanzielle Mittel für Projekte der SV bzw. des schulinternen SiPs freigeben kann.
- Wir fordern politische Bildung mit dem Inhalt Institution-, Demokratie- und Medienbildung als eigenes Schulfach ab der 7. Schulstufe.



36. Recht und Politik am Stundenplan

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Alibertgasse
Luis Madner, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus

Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“, ist ein bekanntes Zitat aus einem Brief Senecas an seinen Schüler, welches sich auch auf die heutige Zeit übertragen lässt, bedenkt man den aktuellen bundesweit normierten Lehrplan. Die Schule ist ein Ort des Erlernens sowie der Weiterentwicklung und je nach Schultypus mit differenziertem Schwerpunkt, doch gilt es den Auszubildenden grundlegende Kompetenzen, die unabhängig von ihrer weiteren schulischen Laufbahn essenziell sind, zu vermitteln.

Lehrfächer wie Mathe, Deutsch oder Englisch erscheinen evident wichtig und unentbehrlich, sind dies die ersten Unterrichtsgegenstände die als substantiell konnotiert sind. Blickt man jedoch über den Tellerrand der ersten Assoziationen hinaus und in den Themenpool des außerschulischen Lebens hinein, kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass es an realitätsnahen und lebensbezogenen Lehrgegenständen mangelt. Zwar soll die Schule ein diverses Portfolio inkludieren, dies jedoch so ausgestalten, dass sämtliche Lebensbereiche abgedeckt sind.

Besonders auffallend und resultierend daraus paradox erscheint hierbei das Fehlen rechtlicher sowie politischer Bildung im Rahmen eines eigenen Unterrichtsfachs, angesichts der Signifikanz dieser Kompetenzen in der heutigen Zeit. Kaum ein anderer Aspekt umgibt und bestimmt unser tägliches Leben derartig wie Politik und Recht, wobei genau jene Lebensbereiche mit gewissen Vorbehalten und Skepsis behaftet sind. Diese gilt es nicht nur zu entkräften, sondern Aufklärungsarbeit zu leisten, um jedem die Partizipation am demokratischen Alltag zu ermöglichen.

Demokratie- und Gesellschaftspolitisch erscheint dieser Mangel dahingehend besonders gewichtig, da er dem Grundgedanken der Liberalisierung und des mündigen Bürgers entgegenwirkt, wenn nicht sogar torpediert. Konkludierend daraus ist die Aufnahme dieses Lehrgegenstandes damit verbunden, umfassend auf politische Fragestellungen allgemeiner und aktueller Natur einzugehen, sowie über die ländergrenzen und im europäischen Sinne agierend, selbiges aufzubereiten. Weiters und damit einhergehend, gilt es die Grundzüge des Rechtssystems auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu beleuchten und Zusammenhänge herzustellen. So soll sichergestellt werden, dass es der Bevölkerung von jungen Jahren auf möglich ist sich in unserem Rechtsstaat zurechtzufinden und einzubringen.



Forderungen:

- Wir fordern, die Trennung des Lehrgegenstandes Geschichte von politischer Bildung, hingehend zu einem eigenen Fach „Recht und Politik“.
- Wir fordern eine spezifische und aktuelle Ausbildung des Lehrkörpers hinsichtlich dieser Erneuerung, um die Qualifikation sicherzustellen.
- Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Informationsmöglichkeiten an Schulen, zu unserem politischen sowie rechtlichem System.
- Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung



37. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus
Darius Gogoljak, BAfEP10

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler_innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler_innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



38. Verpflichtendes Lehrer_innen Feedback

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse

Wir Schüler_innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer_innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler_innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler_innen an Lehrer_innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler_innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler_innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“

beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderungen:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler_innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.



39. Autonome und Entpolitisierte Schule - Schulversuch Österreich

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden.

Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten.

Mit Schulautonomie kommen Jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um ihr Bildungsangebot bestmöglich anzupassen.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.
- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.



40. Diskutieren geht über Studieren

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Markus Lamprecht**, Bafep10

Leider ist der Stand der Dinge so, dass es an vielen österreichischen Schulen noch immer viel zu viel Frontalunterricht gibt. Dadurch lernen die Schüler_innen insgesamt weniger, da man viel leichter abgelenkt und unkonzentriert wird. Außerdem lernt man so nur Fakten auswendig, jedoch nicht Dinge zu hinterfragen und selbst zu denken.

Diskussionen im Unterricht zu verschiedensten Themen hingegen sorgen dafür, dass Schüler_innen lernen, selbst zu denken und Dinge zu hinterfragen und zu reflektieren. Außerdem lernt man, seine eigenen Standpunkte zu vertreten und sich eine Meinung zu bilden bzw. die Meinung anderer zu verstehen. Dies hilft nicht nur bei der Festigung des Stoffs, sondern bringt auch das Erlernen von Fähigkeiten mit, die unfassbar wichtig für das spätere Leben an Hochschulen oder in der Berufswelt sind.

Forderungen:

- Wir fordern die Verankerung von mehr Diskussionen zur Stoffvermittlung im Lehrplan aller Schulen.
- Wir fordern Fortbildungen für Lehrkräfte, wo gezielt zu diesen Themen gearbeitet wird, damit Diskussionen effektiv als Mittel im Unterricht eingesetzt werden können.



41. Let's talk about sex, baby!

Antrag von: **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus | **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse
Markus Lamprecht, Bafep10

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler_innen erreichbar zu machen.



42. Mind your Mind

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3
Luis Madner, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler_innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Doch wo blieb die Politik?

Zahlreiche Untersuchungen, wie etwa die Studie der Donau Universität Krems zeigen, dass die Covid-Pandemie zur maßgeblichen Verschlechterung der psychischen Gesundheit besonders bei der jungen Generation beigetragen hat. So hat sich unter anderem herausgestellt, dass 16 Prozent der Jugendlichen über 14 Jahren regelmäßig Selbstmordgedanken haben, 50 Prozent unter Ängsten und 25 Prozent unter Schlafstörungen leiden. An Therapieplätzen sowie Unterstützungsmöglichkeiten mangelt es maßgeblich. Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog_innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog_innen an Schulen, die den Schüler_innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog_innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler_innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede_n Schüler_in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler_innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Forderungen:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler_innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog_innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren.



43. Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3
Luis Madner, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus

Auch wenn sich daraus kein unmittelbarer Nutzen ergibt, ist wissenschaftliche Forschung, die das Wissenspektrum erweitert, notwendig und sollte von der Regierung unterstützt werden? Wenn Sie diese Frage mit „Ja“ beantworten würden, gehören sie zu knapp 48% der Befragten in Österreich. Ungefähr ein Viertel der Umfrageteilnehmer lehnten diese Fragestellung ab (Quelle: Eurobarometer). Schülerinnen und Schüler sind auf Grund der zunehmenden Medialisierung besonders anfällig auf die im Netz kursierenden unwissenschaftlichen Falschinformationen und Verschwörungsmythen. Die Wissenschaft wird von vielen Menschen als starre, absolute Wahrheit angesehen, was fern von aller Wahrheit ist. Sobald es nun zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen kommt, scheint sich die Wissenschaft manchmal selbst zu widersprechen und führt im späteren Alter zu einer Desillusionierung und einem Verlust an Vertrauen in die Wissenschaft.

Die Schulen Österreichs spielen eine entscheidende Rolle in der Vermittlung von Informationen, sowie der Erkennung von „Fake News“, wie sie oft im Internet zu finden sind. Es mangelt im Grunde an Aufklärungsarbeit, in Bezug auf wissenschaftlich Relevante Alltagsthemen (Impfungen, Klimawandel, etc.). Darüber hinaus ist es essenziell, Jugendliche auf manipulative, Rhetorische Techniken vorzubereiten, um diese zu erkennen und dadurch das Kritische Denken zu fördern. Nur so können „Fake News“ von wahren wissenschaftlichen Fakten unterschieden und gegebenenfalls widerlegt werden.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr Aufklärungsarbeit an Schulen in Bezug auf die Wissenschaft und damit verbundene relevante Alltagsthemen (Impfungen, Klimawandel, etc.), sowie die Förderung des kritischen Denkens durch Identifikation von Rhetorischen Techniken in sozialen Medien.



44. Hello, anyone there?

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3
Luis Madner, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus

Die Landesschüler_innenvertretung ist ja bekanntlich die „gesetzlich verankerte, demokratisch gewählte Vertretung aller Schülerinnen und Schüler Wiens“. Auf der Internetseite der Landesschüler_innenvertretung Wiens findet man die Aufgaben, bessergesagt grobe Ziele, die sich diese selber auferlegt hat. Neben der „Bereitstellung umfangreicher Services“ und „Aktive Vertretung der Schülerschaft Wiens“ auch die „Unterstützung der Schülerver:innenvertretungen bei ihrer Arbeit“.

Will man diese Unterstützung als Schüler_innenvertretung in Anspruch nehmen steht man jedoch vor einem Rätsel... An wen wendet man sich? Auf der Internetseite findet sich zwar die Option „Kontakt“, jedoch passiert leider nach einem Klick nichts. Auch auf Instagram sucht man vergeblich nach einer Anmerkung bezüglich wo man sich Hinwenden soll. Lediglich ein Posting von 2020, welches Schüler_innenvertretungen die Möglichkeit geben soll ein Mitglied der LSV Wien in eine Schüler_innenvertretungs-Whatsappgruppe hinzuzufügen, bietet einen solchen Service an. Die Freude endlich das, nach dem man gesucht hat, gefunden zu haben legt sich allerdings spätestens nachdem man bemerkt, dass der „Anmeldelink in der Bio“ auch nicht (mehr) zu finden ist.

Gerade für Schüler_innen die sich zum ersten mal mit der Landesschüler_innenvertretung beschäftigen bzw. mit ihr Kontakt aufnehmen wollen ist das verwirrend. Die LSV-Wien sollte ihren eigenen Versprechungen gerecht werden!

Forderungen:

- Wir fordern eine Präzisierung der Aufgaben der Landesschüler_innenvertretung.



45. Gewaltig gegen Gewalt!

Antrag von: **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus | **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse
Manuel Jonovic, BORG3

Einunddreißig Femizide allein im Jahr 2021.

Lange hat es nicht gedauert, denn das Jahr 2022 war gerade mal acht Tage alt, als in Österreich die erste tödliche Gewalttat an einer Frau gemeldet wurde. Die traurige Wahrheit ist, dass es in Österreich keinen gefährlicheren Ort für Frauen und Mädchen gibt als die eigenen vier Wände. Gewalt an Mädchen in der Schule kann von einzelnen Personen ausgehen, aber auch strukturell bedingt sein.

Es muss verstanden werden, dass dieses Problem nicht nur einseitig gelöst werden kann, sondern vielschichtig und früh seinen Ursprung hat. Gewalt beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Gewalt beginnt schon früh im Kinder- und Jugendalter.

Genau hier muss angesetzt werden und es müssen nachhaltig präventive Maßnahmen gesetzt werden. Jegliche Form der Gewalt hat in der Schule keinen Platz.

Präventive Maßnahmen wie Workshops, Infomaterialien vor Ort an Schulen bezüglich Anlaufstellen, gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Besprechung im Unterricht durch eine Verankerung im Lehrplan sind ausdrücklich anzudenken.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende präventive Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der Form von Workshops an Schulen, Infomaterialien zu Anlaufstellen an Schulen.
- Wir fordern gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Verankerung der Aufklärung über Gewalt im Lehrplan.



46. Der Weg zur europäischen Schule

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.



47. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite!

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3
Luis Madner, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler_innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler/Schülerin ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler_innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer_innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter.

Zusammenfassend sollen Buddys:

Eine Anlaufstelle für alle 1. Klässler_innen sein

1. Klässler_innen regelmäßig im ersten Monat betreuen, danach nur noch phasenweise

Forderungen:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler_innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.



48. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler_innen

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3

Obwohl es in Wien über 160.000 Oberstufenschüler_innen und mehr als 750 aktive SV-ler_innen gibt, weiß nur ein Bruchteil, wie das SV-System auf Landes- oder gar auf Bundesebene funktioniert. Dies ist ein Problem, da es kaum Schüler_innen gibt, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie eigentlich vertreten werden. Das führt dazu, dass man gar nicht weiß, welche Entscheidungen über uns Schüler_innen durch unsere „Vertretung“ gefällt bzw. beeinflusst werden.

Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie nicht funktionieren kann, wenn dem Großteil der Schüler_innen gar nicht bewusst ist, wie ihre Vertretung funktioniert und wer dafür zuständig ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sollte die Aufklärung über das österreichische SV-System ein Teil des Lehrplans an allen Oberstufenschulen im Unterrichtsfach „Geschichte und politische Bildung“ sein. Die Politik des Hier-und-Jetzt, die unser Leben beeinflusst, ist eindeutig wichtig genug, um ein verpflichtender Teil des Lehrstoffs zu sein.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Aufklärung über das österreichische Schüler_innenvertretungssystem in den Lehrplan aller Oberstufenschulen vorhanden aufgenommen wird.



49. Unbrauchbares wieder brauchbar machen

Antrag von: **Marie Charwat**, Modeschule Herbststraße

An Verwendung von Papier, Plastikflaschen und Ähnlichem mangelt es an unseren Schulen nicht. Werden diese Dinge jedoch nach dem Gebrauch umweltfreundlich entsorgt oder recycelt? In Schulen ist Mülltrennung leider oft noch ein Fremdwort und von Recycling gar keine Rede.

Unsere Erde stellt uns natürliche Ressourcen zur Verfügung - diese sind jedoch endlich. Trotzdem verwenden wir sie als hätten wir unendliche Planeten in Reserve. Nicht nur die Ressourcen, sondern auch die Umwelt leidet darunter. Der von uns produzierte Müll landet meist auf Deponien. Dadurch können Schadstoffe in den Boden gelangen und zusätzlich klimaschädliche Gase entstehen.

Wir Schülerinnen und Schüler sollten als großes Beispiel vorangehen und ein Zeichen an die Erwachsenen senden. Wir sind die Zukunft und wollen, dass es auch eine Zukunft für uns geben wird.

Forderungen:

- Verpflichtendes Recycling an allen Schulen mit besonderer Rücksichtnahme auf unterschiedliche Arten von Abfall und deren klare Trennung, wie Plastik, Bio und Papier
- Schaffen von Bewusstsein durch bessere Integration des Umweltschutzes in den Lehrplan in Fächern wie Biologie, Geographie und Deutsch



50. Sozial gerecht? – Schnell gecheckt!

Antrag von: **Linus Kolar**, AHS des Bildungsampus Flora Fries

Schule für alle, das verspricht unser aktuelles System: Jeder und Jede soll in Österreich die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben. Zwar sind unsere Schulen prinzipiell gratis und für alle offen, jedoch ist dies leider zu oft nicht der Fall. Schüler_innen in ganz Österreich haben immer noch mit Rassismus, Sexismus, Klassismus und anderen Arten der Diskriminierung zu kämpfen. Aber auch zu oft kommt es auf die Geldbörse der Eltern an, welcher Bildungsweg eingeschlagen werden kann. Während der reine Schulbesuch gratis ist, entstehen viele Nebenkosten, welche finanziell schwächere Familien belasten können. Was für mache von uns selbstverständlich sein mag, ist für andere ein großer Teil des Monatsbudgets.

Vor allem jetzt, mit um die 11% Inflation, müssen viele Familien sparen wo sie können. Hier sind die Kosten für Schulausstattung und Schulfahren eine extreme Mehrbelastung für sozial schwächere Familien! Zwar werden ab heuer das Schulstartgeld und die Schulbeihilfe jährlich an die Inflation angepasst, nur deckt das nur einen Teil der notwendigen Maßnahmen ab:

Die Schulbuchaktion muss alle notwendigen Lernmaterialien wie Übungsbücher oder Hefte beinhalten. Jegliche Hilfsfonds müssen einfacher zugänglich gemacht werden. Kaum eine Schüler_in weiß über die Angebote und wie man sie beantragt bescheid! Nachhilfeunterricht soll für uns alle offenstehen, gratis Kleingruppen-Nachhilfe an den Wiener Schulen würde uns alle weiterbringen. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass wir wirklich sagen können: Schule für alle!

Forderungen:

- Aufklärung über die aktuelle wirtschaftliche Lage und Problemstellungen (Inflation, Auswirkungen, Ursachen etc.)
- Ausweitung und Entbürokratisierung der Schulbeihilfe
- Ausweitung der Schulbuchaktion auf Übungsbücher, Hefte, Schreibmaterialien etc.
- Ausweitung und Entbürokratisierung von Hilfsfonds bezüglich besonderer Schulausstattung wie Taschenrechner, Malkasten, Schullektüren etc.
- Ausweitung und Entbürokratisierung von Hilfsfonds bezüglich Schulveranstaltungen wie Ausflügen, Sprachreisen, kostenpflichtige Workshops etc.
- Aufklärung über die Angebote von Schulbeihilfen und wie man sie beantragt an allen Wiener Schulen
- Gratis Kleingruppen-Nachhilfeunterricht für alle Schüler_Innen Wiens



51. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGR8 Albertgasse | **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Tourismus
Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Wenn ein_e Schüler_in sich nicht gerade für einen wirtschaftlichen Schwerpunkt oder eine Schule mit Wirtschaftsschwerpunkt entschieden hat, ist es oft nahezu unmöglich, zu verstehen, wie die Wirtschaft funktioniert und was beim Thema Finanzen zu beachten ist, solange sie sich nicht in ihrer Freizeit aktiv damit beschäftigen.

Dies kann zwei schwerwiegende Folgen haben: Einerseits wird man, ohne genügend Grundwissen, oft zu Unrecht behandelt, da jene Akteure, die sich gut mit der Materie auskennen, das System zu ihrem Vorteil auszunutzen. Des Weiteren ist ein gewisses Basiswissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen unumgänglich, wenn man sich in der Demokratie beteiligen will, da diese Sparten oft zu den entscheidenden Punkten bei Wahlen zählen.

Genau deswegen finden wir es so wichtig, dass alle Schüler_innen die Bildung bekommen, die sie brauchen, um sich in der Welt zurechtzufinden. Immer wieder fallen in den Medien oder Werbungen Begriffe, wie beispielsweise Aktien, Kredite, oder der Verbraucherpreisindex, wovon viele junge Leute leider nur sehr wenig verstehen. Es ist von großem Vorteil, wenn man durch Unterrichtsfächer wie Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen kann. Außerdem ist es wichtig, Unternehmen zu verstehen und bereits Kindern beizubringen, wie man mit Geld richtig umgeht.

Forderungen:

- Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung altersgerechter wirtschaftlicher und finanzieller Bildung im Lehrplan aller österreichischen Schulen, da ein Grundwissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes, finanzielles Leben ist.
- Außerdem fordern wir, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Themen von Morgen, wie beispielsweise digitale Währungen, bereits heute unterrichtet werden.



52. Gebärdensprache als Freifach

Antrag von: **Alena Carmen Petric**, HTL Camillo-Sitte-Bautechnikum

Gebärde ist eine Sprache, die, wenn man sie im jungen Alter erlernt, eigentlich nicht so schwer ist. Zumindest finde ich das, weil ich mir Bewegungen leichter einprägen kann als lästige Vokabeln. Aber abgesehen davon, bedeutet Gebärde vor allem eines, es bedeutet Inklusion. Inklusion von Menschen, die genauso viel können wie wir, nur weniger Optionen haben.

Ich finde das unfair, ungerecht. Ich möchte, dass alle Leute in unserem Alter die gleichen Chancen und Möglichkeiten bekommen, das zu tun, was sie lieben.

Für mich ist Gebärde genauso essentiell wie Englisch, mir ist es wichtig eine Sprache zu sprechen, mit der ich mich weltweit gut verständigen kann. Und es ist mir wichtig, dass gehörlose Menschen sich auch immer verständigen können.

Ich bin der Meinung, dass Gebärde als Freifach an allen Schulen Wiens, wenn nicht sogar Österreichs, ein riesengroßer Schritt in die richtige Richtung wäre. Nämlich Bildung für ALLE. Inklusion nicht nur in der Schule, sondern auch später in der Berufswelt und in der Freizeit.

Ich sehe im Erlernen dieser Sprache nur einen Vorteil und ich hoffe ihr seht das auch.

Forderungen:

- Gebärde als Freifach an allen Schulen Wiens



53. Persönlichkeit vor Robotern!

Antrag von: **Morris Pietrzak**, Sacré Coeur Wien Rennweg

Liebe alle!

Wir gehen in die Schule und lernen, wie man rechnet, wie man richtig schreibt und wie die Schwerkraft funktioniert. Doch eines lernen wir am allerwenigstens, etwas, das doch am allerwichtigsten ist: die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit.

Diese Fähigkeit brauchen wir unser ganzes Leben über: im privaten Bereich, für Freundschaften und Familie, für uns selbst und in der Arbeitswelt. Denn welche Jobs werden am besten bezahlt? Richtig, Führungs- und Managementposition die Leute motivieren, delegieren und führen müssen und eine hohe Verantwortung tragen. Sie haben alle die Kompetenz, gute Entscheidungen zu treffen, zwischen Menschen zu kommunizieren und ein gutes Team aufzubauen. Zusätzlich haben sie eine starke eigene Persönlichkeit, weil sie sich schlagfertig mit Rhetorik wehren können, mit Konflikten umgehen können und wissen, wie viel sie selbst Wert sind.

All das kommt in der Schule zu kurz und das muss geändert werden. Deswegen fordere ich ein Fach im Umfang von einer Wochenstunde, indem all diese Soft Skills beigebracht werden.

Forderungen:

- Persönlichkeitsentwicklung als Pflichtfach im Ausmaß von einer Wochenstunde

